

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

XXIV/130

Bonn, den 14. Juli 1969

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Europäische Ungeduld wächst</u> Willy Brandt sondiert das Terrain Von Egon C. Heinrich	60
2 - 3	<u>Das Krankenhaus ist krank</u> Jährliches Defizit: 840 Millionen DM	63
4 - 5	<u>Rumänien will unabhängig bleiben</u> Bukarest zwischen Moskau, Peking und Washington Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	81

AN H A N G

1 - 2	<u>Ein aufschlußreicher Brief an "Die Welt"</u> Betr.: Leitartikel "Wir leben nicht in Kulis Zeit" von Herbert Kremp (v. 5.7.1969) zum Thema des politischen Engagements des Staatsbürgers in der BRD	55
-------	--	----

Europäische Ungeduld wächst

Willy Brandt sondierte das Terrain

Von Egon C. Heinrich

Nach langen Jahren der Stagnation ist jetzt Bewegung in die erstarrten Fronten der Europapolitik gekommen. Seit dem Rücktritt de Gaulles ist eine lebhaftere Diskussion um die Weiterführung der Integrationspolitik entbrannt. Fast täglich werden neue Pläne oder Initiativen verkündet. An Plänen und Vorschlägen hat es auch während der letzten Jahre durchaus nicht gemangelt. Fast kein Außenministerium wollte bei der Suche nach Auswegen aus der europäischen Sackgasse zurückstehen. Der Erfolg all dieser Pläneschmiederei war indessen äußerst spärlich. Auch gerade jetzt muß wieder vor einem übertriebenen Optimismus und einer unbegründeten Europa-Euphorie gewarnt werden. Keinesfalls sollten Hoffnungen erweckt werden, die sich nicht realisieren lassen. Illusionen könnten nur zu einer Enttäuschung und Frustration unter den europäischen Völkern und vor allem bei der Jugend führen. Utopische Europa-Pläne und -initiativen bringen uns nicht weiter. Stattdessen geht es darum, auch künftig mit Zähigkeit und Geduld an der Überwindung der Schwierigkeiten zu arbeiten. Auf der von Willy Brandt vorgeschlagenen europäischen Gipfelkonferenz, möglichst unter Beteiligung der ENG und Großbritanniens, könnten die Weichen für die Erweiterung und den Ausbau der EWG sowie für eine engere politische Kooperation in der Außen-, Verteidigungs- und Technologiepolitik gestellt werden.

Mit dem Rücktritt de Gaulles fiel ein politisches Hindernis für den Beitritt Englands weg. Ohne Zweifel hat sich seither das europäische Klima wesentlich gebessert, was vor allem Willy Brandt bei seinen jüngsten Gesprächen mit den europäischen Partnerstaaten feststellen konnte. Die neue französische Regierung ist zur Vollendung des Gemeinsamen Marktes und zu Verhandlungen mit den beitragswilligen Staaten bereit. Immerhin scheint die These de Gaulles der Vergangenheit anzugehören, daß eine Vergrößerung der Gemeinschaft zu einer Umwandlung der EWG in eine Art Freihandelszone führen müsse. Mit einer raschen Abkehr von den Grundprinzipien der gaullistischen Europapolitik ist allerdings nicht zu rechnen. Dies wurde bei der ersten Pressekonferenz des neuen Staatspräsidenten deutlich. Zu einer Abtretung von Souveränitätsrechten in der Außen- und Verteidigungspolitik sind die meisten europäischen Staaten nicht bereit, obwohl angesichts der weltweiten Interdependenz und der weltpolitischen Ohnmacht Europas eine nationale Außenpolitik kaum noch möglich und denkbar ist.

In drei Bereichen könnten bei gutem Willen bis zum Jahresende Fortschritte erreicht werden:

1. Ein Treffen der Regierungschefs und Außenminister der EWG. Dabei sollte die Marschroute für den inneren Ausbau der Gemeinschaft

und für das Verhalten gegenüber den beitrittswilligen Ländern abgesteckt werden. Sobald man sich unter den Sechs über die Bedingungen und Modalitäten der Aufnahme neuer Mitglieder geeinigt hat, könnte eine Gipfelkonferenz der Zehn stattfinden.

2. Beschlüsse der EWG über die Weiterentwicklung von der Zoll- zur Wirtschaftsunion. Schwierigste Hürden sind dabei die Agrarpolitik und Euratom. Mit der Agrarfinanzierung stellt sich auch dringend die Frage eigener Einnahmen und der parlamentarischen Kontrolle der EWG-Agrar-Milliarden. Wenn eine Verlängerung der 12-jährigen Übergangszeit vermieden werden soll, dann steht den EWG-Ministern bis zum Jahresende noch manche Marathonsitzung bevor. Die Regierungskrise in Italien macht rasche Beschlüsse in Brüssel unwahrscheinlich. Andererseits sollte Präsident Pompidou jetzt beim Wort genommen werden, wenn es um die Festigung der EWG geht. Oder versteht Paris darunter nur die für Frankreich vorteilhafte Agrarpolitik? Wenn man den Worten Pompidous Glauben schenkt, dann hat die EWG in Frankreich wieder einen kooperativen Partner.

In diesem Zusammenhang müssen auch die zahlreichen Überlegungen und Vorschläge gesehen werden, bei denen es um die Schaffung eines europäischen Währungsfonds bzw. einer Währungsreserve geht, mit deren Hilfe innerhalb des EWG-Raumes und später auch darüber hinaus konzertierte europäische Wirtschafts- und Finanzaktionen ermöglicht werden sollen.

3. Rückkehr Frankreichs in den WEU-Ministerrat und regelmässige Konsultationen über außen- und verteidigungspolitische Fragen.

Außenminister Willy Brandt hat durch sein großes europäisches Engagement der letzten Monate den Boden für die Erreichung dieser minimalen Nahziele vorbereitet. Er machte auch deutlich, daß es für die deutsche Europapolitik auch im Wahlkampf keine Pause gibt. Keinesfalls dürfen die Wahlen zum Vorwand für nutzloses Abwarten dienen.

Die europäische Ungeduld zeigt sich überall. Das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa (Monnet-Komitee) wird am 15. Juli in Brüssel anhand von Expertenberichten Lösungsvorschläge für die Beitrittsfrage erörtern und den betroffenen Regierungen vorlegen. Bilanz und Perspektiven der Europapolitik legt die SPD auf einer Tagung am 20./21. Juli dar. Ende Juli treffen sich die EWG-Außenminister. Alle sind sich einig, daß die Zerspaltung Europas nicht fortauern darf. Auf die Konsequenzen daraus wartet Europa schon viel zu lange.

+ + -

Das Krankenhaus ist krank

Jährliches Defizit: 840 Millionen DM

P.N. - Bei der Eröffnung des Internationalen Krankenhauskongresses in Düsseldorf sagte kürzlich Gesundheitsminister Käte Strobel, unsere Krankenhäuser müßten endlich einen gesetzlich gesicherten Rechtsanspruch auf volle Erstattung ihrer Kosten erhalten. Die Tatsache, daß jährlich bei den Krankenhäusern Defizite von 840 Millionen DM entstehen, die weder vom Bund oder den Ländern, noch von den Versicherungen gedeckt werden, muß nicht nur eine Schockwirkung auslösen, sondern auch alle Verantwortlichen alarmieren, eine Reform der Krankenhausfinanzierung zügig in die Wege zu leiten. Sowohl von der menschlichen Seite her als auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, sind die Ausgaben für Krankenhäuser eine dringende Notwendigkeit. Letztlich handelt es sich auch um "Investitionsausgaben", die für unsere Bürger und die Volkswirtschaft hohe Gewinne erbringen können.

Nach den Worten von Frau Strobel ist eine bedarfsgerechte und vorausschauende Planung zum weiteren Bau von Krankenhäusern und zur Modernisierung der bestehenden Krankenhäuser und deren Einrichtungen unerläßlich.

Wenn auch die Verwaltung in den Krankenhäusern vielfach besser organisiert werden könnte, so darf doch nichts darüber hinwegtäuschen, daß es heute schon an Krankbetten, an Krankenhausärzten und Pflegepersonal und an modernen Ausstattungen fehlt. Es ist ganz einfach eine gesellschaftspolitische Aufgabe, alles das für unsere kranken Menschen zu tun, was aufgrund des medizinischen Fortschritts, unter Ausnutzung der technischen Möglichkeiten und unter Mitwirkung von Fachärzten und Experten getan werden kann.

Auf diesem Gebiet dürfen notwendige Ausgaben keine Rolle spielen. Das Beste für den Patienten ist gerade noch gut genug. Es müßte hierbei auch eine menschliche und christliche Selbstverständlichkeit sein, daß es im Krankenhaus keinen Unterschied zwischen arm und reich geben darf. Aber leider sieht die Wirklichkeit oft noch anders aus. Je mehr wir die Unzulänglichkeiten - um nicht Mißstände zu sagen -

erkennen, umso eher können wir für Abhilfe sorgen. Es ist doch direkt beschämend, wenn man feststellen muß, daß Patienten, die dringend stationärer Behandlung bedürfen, nicht aufgenommen werden, "weil kein Bett zur Verfügung steht". Es ist auch fast nicht zu glauben, daß in Notfällen verschiedentlich keine Ambulanz eingesetzt werden kann, weil das Geld zur Anschaffung dieser dringend benötigten Fahrzeuge fehlte. Ist es nicht so, daß der in einem Provinzkrankenhaus eingelieferte Patient oft provisorisch behandelt wird, weil die technischen Einrichtungen nicht vorhanden sind und es an Fachärzten fehlt? Manch einer von diesen Menschen würde heute noch leben, wäre er in eine Universitätsklinik eingewiesen worden. Dies sollte doch nachdenklich stimmen und die Forderung verbinden, künftig größere Krankenhäuser mit stärkerer Differenzierung zu bauen. Sie können dem Patienten nicht nur besser helfen, sondern sind auch billiger und rationeller zu bewirtschaften.

Wie Frau Strobel auf dem Internationalen Krankenhauskongreß in Düsseldorf bemerkte, darf bei allen Betrachtungen zur Reform des Krankenhauswesens nicht vergessen werden, daß der Patient immer Dreh- und Angelpunkt bleiben muß und daß der menschliche Kontakt für das seelische und körperliche Wohlbefinden unerlässlich ist. Dies stellt vor allem den Krankenhausarzt vor immer wieder auftretende Probleme. Gerade die Patienten sind häufig sensibler und empfindlicher als gesunde Menschen, und es wäre wohl kaum zu glauben, wenn es stimmen würde, daß man schon mal sagen hört "ich bin ja nur ein armer Kassenvolgent, zu uns kleinen Leuten kommt der Doktor nie, weil er sich zu intensiv mit seinen reichen Privatpatienten beschäftigen muß".

Nach dem Motto "Vorbeugen ist besser als heilen" sollten wir auch unser Augenmerk in verstärktem Maße der Gesundheitsfürsorge widmen. Dieses Gebiet ist bereits eine Teilaufgabe des SPD-Regierungsprogramms, über die Frau Käte Strobel auf dem Außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg unter starkem Applaus referieren konnte.

Rumänien will unabhängig bleiben

Bukarest zwischen Moskau, Peking und Washington.

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Die Wirksamkeit des Moskauer Weltkongresses der Kommunisten, dessen Grundsatzdokument auch von der rumänischen Partei unterschrieben worden ist, kann am Besten am Verhalten Rumäniens nach Abschluß dieser Konferenz eingeschätzt werden. Rumänien setzt trotz der Unterschrift seine Politik gegenüber Moskau genau dort fort, wo man vor der Konferenz aufgehört hatte.

Vor kurzem war der rumänische Botschafter in Moskau beim sowjetischen Zentralkomitee und der sowjetische Botschafter in Moskau, Baschhoff, beim Zentralkomitee der rumänischen Partei. Gegenstand der Verhandlungen war, wie man aus den Beschlüssen von Moskau nur konkrete Folgerungen ziehen könne, etwa in Richtung auf Unterzeichnung eines neuen sowjetisch-rumänischen Freundschaftsvertrages hin, der schon lange aussteht. Die Rumänen gaben sich alle Mühe, den sowjetischen Verhandlungspartnern ihren guten Willen zu zeigen, doch wenn die Sowjets daraus voreilig den Schluß gezogen haben sollten, sie hätten nun in Osteuropa ein weiteres Ziel erreicht, dann würden sie schnell wieder enttäuscht. Auch der angekündigte Nixon-Besuch dürfte in Moskau keine Freude ausgelöst haben.

Einen Tag nach den sowjetisch-rumänischen Kontakten empfing der rumänische Staats- und Parteichef Ceaucescu den neuernannten chinesischen Botschafter in Bukarest, Tschien Har Fun, mit dem er politisch recht bedeutungsvolle Reden austauschte. Ceaucescu sagte unter anderem, Rumänien werde seine Politik der Zusammenarbeit mit a l l e n sozialistischen Ländern und a l l e n antiimperialistischen Kräften fortsetzen und auch in Zukunft Wert darauf legen, daß die Unabhängigkeit eines jeden Landes und einer jeden Bewegung in diesem Kampf bewahrt bleibe. Das chinesische und rumänische Volk, so Ceaucescu weiter, seien durch eine alte und traditionsreiche Brüderschaft und Freundschaft miteinander verbunden, und diese beruhten nicht nur auf der Zusammenarbeit auf sekundären Sektoren, sondern in erster Linie auch auf der erfolgreichen politischen Kooperation. Der neue chinesische Botschafter in Bukarest entgegnete daraufhin, diese politische Zusammenarbeit sei besonders in den letzten Jahren zementiert worden, eine Anspielung auf die rumänische Reserve gegenüber der sowjetischen Chinapolitik.

Indem die Rumänen unmittelbar nach ihren Kontakten mit den Sowjets die Zusammenarbeit mit China bekräftigt haben, bedienen

sie sich einer ziemlich alten und, wie man sieht, auch erfolgreichen Taktik. Nennen wir nur ein paralleles Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit: Ende November des vergangenen Jahres hatte die Weltöffentlichkeit den Eindruck, daß Rumänien unter sowjetischem Druck seine ursprüngliche ablehnende Haltung gegenüber der sowjetischen Intervention in der CSSR aufgegeben habe. Dieser Eindruck wurde bestärkt, als Marschall Jakubowsky in Bukarest auftauchte, um dem rumänischen Generalstabschef Ion Gheorghe einige Bedingungen für die weitere Zusammenarbeit im Rahmen des Warschauer Paktes zu stellen. Doch noch während die Verhandlungen andauerten, landete, angeblich wegen Nebels, ein Düsenflugzeug auf dem Flughafen der rumänischen Hauptstadt, dem kein anderer als der chinesische Generalstabschef Huang Jung Shen entstieg. Gheorghe ließ sich diese Gelegenheit nicht entgehen, um vor sowjetischen Verhandlungstisch aufzustehen und zum Flugplatz zu eilen, wo bereits ein kaltes Buffet für den angeblich unerwarteten chinesischen Gast aufgebaut worden war...

Über den Inhalt des Gespräches auf dem Flughafen wurde natürlich nie etwas bekannt, doch schon am nächsten Tage wurde der Effekt dieses Kontaktes deutlich: Noch während die Rumänen und Sowjets an einem Kommuniqué über ihre Gespräche feilten, hielt Ceaucescu vor der Großen rumänischen Nationalversammlung eine Rede, die von Angriffslust gegen die sowjetische Intervention in der CSSR nur so strotzte.

Daß Rumänien gewillt ist, diese unabhängige Politik auch unter dem Druck des Moskauer Dokumentes nicht aufzugeben, beweist außerdem die Jugoslawienreise, die der rumänische Spitzenfunktionär für internationale Beziehungen, Paul Niculescu-Mizil, kurz darauf antrat, sieht man von den gleichzeitigen Gesprächen zwischen Offizieren der jugoslawischen und rumänischen Grenzschutzeinheiten vollkommen ab.

Den Rumänen scheint am wenigsten klar zu sein, zumindest geben sie sich diesen Anschein, daß die Sowjetunion einer solchen Politik auf die Dauer nicht zusehen wird. Aber in Belgrad, wo man mit weit- aus größeren Befürchtungen die Unabhängigkeitsbestrebungen der Bukarester Politik beobachtet, geistert bereits der Name eines eventuellen Nachfolgers Ceaucescus herum, der den Sowjets weitaus angenehmer wäre. Es handelt sich um den Gewerkschafter Gheorghe Apostol, gegenwärtig Mitglied des ständigen Präsidiums der rumänischen Partei, der zusammen mit dem Altkommunisten Chivu Stoica und dem ehemaligen Vizepremier Emil Bodnara, innerhalb der rumänischen Spitzenführung eine innerparteiliche Opposition gegen Ceaucescu aufzubauen begonnen habe.

Ein aufschlußreicher Brief an "Die Welt"

Betr.: Leitartikel "Wir leben nicht in Kulis Zeit" von Herbert Kremp
(v. 5.7.) zum Thema des politischen Engagements der Staats-
bürger in der BRD

Sehr geehrte Herren,

der CDU bereitet es erkennbar Ungemach, daß sich zahlreiche Wis-
senschaftler, Künstler, Kirchenmänner und Wirtschaftler, - kurz pro-
minente Persönlichkeiten aus allen Lebensbereichen -, öffentlich zur
SPD bekennen.

Noch weitere werden es nach dem Leitartikel von Herbert Kremp
tun. Daß sich so gute Namen wie Wankel, Graf Baudissin, Heinrich Böll,
Siegfried Lenz, Harald Leipnitz, Ernst Schröder, Hans Joachim Kulen-
kampff, Peter Frankenfeld und Inge Meysel darunter befinden, wurmt
die etablierten Politiker der CDU, obwohl auch sie jahrelang geklagt
haben, der Bürger möge sich um himmelswillen mehr um Politik kümmern
und bei den Lebensfragen der Nation nicht abseits stehen. Tageszei-
tungen wie "Die Welt" werden sogar in erster Linie für jenen Teil der
Bürger gemacht, die sich vornehmlich für politische Fragen und nicht
so sehr für Sex, Mord und Totschlag interessieren.

Nun äußern sich Bürger unseres Landes, und natürlich solche, un-
ter denen sich andere Wähler auch etwas vorzustellen vermögen, zur
politischen Situation ohne Scheu vor ihren Mitbürgern. Sie tun es
ganz gewiß nicht um irgendeines persönlichen Vorteils willen; im Ge-
genteil, sie sind bereit, dafür sogar Nachteile in Kauf zu nehmen.
Eigentlich erklären sie sich nur zu der Frage, die sie zu beantwor-
ten auch von staatswegen ausdrücklich aufgefordert werden: zur Wahl-
frage. Weil sie das nun nicht im Sinne der seit 1946 herrschenden
Partei, sondern der SPD tun, setzen sich die prominentesten CDU-Fe-
derer, darunter auch die des Chefredakteurs der arg nach rechts abge-
tutschten "Welt" in Bewegung, um den Vorgang nach Kräften madig zu
machen.

Sollen denn die Bürger einer Demokratie, auch zu Wahlzeiten,
ihren Mund halten? Sollen nur - freilich auf der anderen Seite - die

Wahlkampf-Millionen der Flick und Genossen ins Gefecht geführt werden? Sollen die Bürger nur alle vier Jahre brav wählen und dann vier Jahre lang mit verbundenem Mund zusehen, wie andere die D-Mark nicht aufwerten, so daß wir für unser Geld nicht soviel an Ware bekommen, wie es wert ist? Sollen wir weiter zusehen, wie die Regierungsmajorität in der Deutschlandfrage auf einem Standpunkt beharrt, der erwiesenermaßen gegen die überwiegende Mehrheit des Volkes praktiziert wird, - wie Finanz-, Hochschul- und andere Reformen verschleppt werden oder wie die Herrschenden unter fatalsten Umständen HS 30-Panzer bauen lassen?

Das offene Bekenntnis Hans Joachim Kulenkampfs und Peter Frankenfelds und all' der anderen zu einer Partei - zufällig ist es die SPD - ist ein Zeichen dafür, daß in diesem Lande die Demokratie festen Fuß zu fassen beginnt. Dafür gebührt ihnen Respekt und Dank!

Im Übrigen hat ja der Herr Bundeskanzler selbst, vermutlich auf Empfehlung seiner Wahlkampfstrategen, erst kürzlich im Gegenzug eine Reihe prominenter Künstler zu einem Gartenfest nach Bonn gebeten. Die Absagen überwogen freilich die Zusagen bei weitem. (Darüber stand leider nichts in der "Welt").

Erschienen sind im Palais Schaumburg an echter Film- und Fernseh-Prominenz die beiden österreichischen Staatsbürger Udo Jürgens und Curd Jürgens, miteinander nicht verwandt und nicht verschwägert, und "Die Welt" hat natürlich nicht gezögert, diese Tatsache ganz groß mit Foto und Vierspalter zu vermelden. Wobei anzumerken ist, daß sich Curd Jürgens, der vermutlich den Wahl-Braten gerochen hatte, nach eigenem Bekenntnis den ganzen Abend über am Tisch von Willy Brandt aufgehalten hat. Das stand natürlich auch nicht in der "Welt".

Mit den besten Empfehlungen!

Heinz Kuntze-Just

Film- und Fernsehproduzent
2101 Sullenhausen bei Hamburg
Südstrand 11 - Tel.: 77 77 55

Hamburg, den 5. 7. 1969